Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

8.7.1864 (No. 159)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 8. Juli.

Nr. 159.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

≅ **Frankfurt,** 7. Juli. Bundestags-Sitzung. Die Bundesversammlung beschloß, Oldenburg um beschleunigte Darlegung der Successionsansprüche des Großherzogthums an die Elbeherzogthümer zu ersuchen. Der Protest des Prinzen von Noer wurde vorgelegt.

† **Hadersleben,** 5. Juli. In dem geschmückten Saale des Bürgervereins zu Augustenburg (Alsen) wurde der Herzog Friedrich proklamirt.

† **Aarösund,** *) 5. Juli, Mitternacht. Fünf größere dänische Schiffe haben in der Nähe des Strandes Anker geworfen und Boote ausgesetzt, sind jedoch, nachdem sie sich von der starken Besetzung des Strandes überzeugt, wieder seewärts gegangen.

Berlin, 7. Juli. (Sch. M.) Der „Spener. Ztg." wird von beachtenswerther Seite mitgetheilt: Die Nachrichten über Landtags-Einberufung im Juli oder August seien unbegründet. Die Finanzlage erheische diese Maßregel keineswegs; die Angabe, daß die Kriegskosten 35 Millionen betragen, sei übertrieben; unzweifelhaft müsse, wenn die Herzogthümer dem Deutschen Bund einverleibt seien, letzterer einen Antheil an den Kriegskosten übernehmen.

Kopenhagen, 5. Juli. (Schw. M.) Die „Berling. Ztg." sagt heute, die schwedisch-norwegischen Kriegsschiffe seien zurückbeordert und befinden sich bereits heute in Christiansand. — 50 in das dänische Heer eintretende englische Freiwillige werden erwartet. — Kühnel's Interpellation (ob die Regierung Grund habe, einen glücklichen Ausgang des Kriegs zu hoffen) ist zurückgezogen.

Brüssel, 6. Juli. (W. T.-B.) Die Deputirtenkammer war heute nicht vollzählig, indem nur 56 Mitglieder anwesend waren, darunter Hr. de Brouckere, vom Publikum lebhaft begrüßt. Morgen soll wieder Sitzung sein.

*) In der Nähe der Mündung der Haderslebener Föhrde.

Deutschland.

Karlsruhe, 7. Juli. Es kommt uns aus Baden die Nachricht zu, daß Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin mit Seiner Königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog und der Großherzoglichen Prinzessin Sich heute Nachmittag 1 Uhr von Baden nach der Mainau begeben haben, um dortselbst einen längern Aufenthalt zu nehmen.

Frankfurt, 6. Juli. (Frkf. Bl.) Staatsminister v. Beust ist, von Paris kommend, gestern Abend hier eingetroffen.

Kissingen, 6. Juli. (A. Z.) Die Kaiserin von Oesterreich ist heute Vormittag nach Wien abgereist.

Kassel, 5. Juli. (Fr. J.) Der Kurfürst und die Fürstin von Hanau sind heute nach Nenndorf abgereist. Noch vorher ist die Ministerkrisis beendigt worden, da nach glaubwürdigen Mittheilungen Hr. Regierungsrath von Stiernberg, Vorstand des Ministeriums des Innern, nunmehr endgiltig seine Entlassung erhalten hat. In Betreff des Nachfolgers nimmt man nicht ohne Grund an, daß der Aufenthalt in Nenndorf, woselbst Geh. Regierungsrath v. Specht als Badedirektor fungirt, Veranlassung geben werde, mit diesem schon oft als Ministerkandidaten genannten Beamten in Unterhandlungen zu treten.

Hamburg, 4. Juli. (N. Pr. Ztg.) Die Insel Pagensand, im Elbstrom Glückstadt gegenüber liegend, ist hannoverscher Seits mit einer Batterie versehen worden und auf Hamburgs Kosten, als zu dessen Territorium gehörig, mit schwerem Geschütz armirt worden. Nach zwischen beiden Staaten getroffener Uebereinkunft wird die Besatzungsmannschaft aus hannover'schem Militär bestehen, während die Unterhaltungskosten, das Material u. s. w. von der hamburgischen Regierung getragen werden. Nachdem die Batterie in diesen Tagen mit Munition, welche in Fridericia angekauft worden, versehen, ist dieselbe nunmehr mit nöthiger Mannschaft besetzt worden.

Hamburg, 4. Juli. (Börsenh.) Der österreichische General Graf Gondrecourt ist vorgestern aus Jütland hier eingetroffen, um demnächst nach Oesterreich zurückzukehren.

Augustenburg, 3. Juli. (Fl. Nordd. Ztg.) Von allen Seiten strömt es heute Nachmittag nach Augustenburg, da es bekannt geworden, daß heute die Proklamation unseres Herzogs Friedrich hier, wo seine Wiege stand, geschehen sollte. Leider aber war es durch die unbegreifliche Naivetät der Zeitungen, z. B. der „Schleswig-Holsteinischen", zu bekannt geworden. So war es natürlich, daß die Zivil- sowohl als Militärautoritäten sich ins Mittel legten und den hervorragendsten Leitern der Demonstrationen das Versprechen abnahmen, die Ausrufung unseres Herzogs zu unterlassen. Der Hr. Departementschef Kraus war selbst auf dem Platze, sowie ein Gendarmerieleutnant und drei Gendarmen, die aber zwischen der froh und friedlich wogenden Masse eben so harmlos sich bewegten. Augustenburg war ebenso wie Sonderburg reich mit schleswig-holsteinischen und auch einigen preußischen Fahnen geschmückt.

Hadersleben, 4. Juli. (Nat.-Ztg.) Truppen jeder Gattung ziehen fortwährend hier durch, österreichische Artillerie, preußische Infanterie 2c. Es sind nur noch zwei Angriffsobjekte übrig, Nordjütland jenseits des Lymfiord und Fühnen. Sollte die letztere Insel angegriffen werden, so würde wohl der Punkt Strilb-Snoghoi besonders in Betracht zu ziehen sein, als die schmalste Stelle des Kleinen Beltes. Fällt die Entscheidung nach Wunsch, woran zu zweifeln bei der bewährten Tüchtigkeit aller bis jetzt betheiligt gewesenen Truppen Unrecht sein würde, so ist der Krieg wohl für im Wesentlichen beendigt anzusehen. Es mögen jetzt wohl 25,000 Dänen auf Fühnen stehen.

Kolding, 4. Juli. (Köln. Ztg.) F.-M.-L. v. Gablenz hat durch Parlamentär dem Höchstkommandirenden auf Fühnen erklären lassen, daß er genöthigt sein würde, beim ersten Schuß gegen die österreichischen Batteriearbeiten Middelfart zu bombardiren.

Der Postverkehr für Briefe an Privatpersonen ist sistirt und die dänische Post als solche suspendirt; die beiden Feldpost-Comptoire nehmen nur Briefe an Soldaten und Behörden an. Im Amt Veile sind große Naturalkontributionen ausgeschrieben.

Berlin, 6. Juli. Ihre Maj. die Königin Augusta ist gestern, einer hier eingegangenen Nachricht zufolge, im besten Wohlsein von Koblenz am großh. Hofe zu Weimar zum Besuch eingetroffen. — Nach einer gestern aus Holstein in Stettin angelangten Depesche ist das englische Schiff „Glen Grant" von Stornoway mit Heringen nach Stettin oder Kolberg wegen „Blokadebruch" nach Kopenhagen aufgebracht worden. — Der sogenannte Polenprozeß beginnt morgen. Der Zuhörerraum des improvisirten Gerichtssaales im Zellengefängniß ist für 100 Personen bestimmt. — Im Handelsministerium wird, dem Vernehmen nach, gegenwärtig eine Gesetzvorlage vorbereitet, nach welcher das Porto für einen einfachen Brief innerhalb Preußens, wenn er bei der Aufgabe frankirt wurde, auf 1 Sgr., und wenn er nicht frankirt wurde, auf 2 Sgr. festgesetzt werden soll.

Stralsund, 3. Juli. Ueber das telegraphisch gemeldete Seegefecht bei Rügen theilt die „Od.-Ztg." Folgendes mit:

Das Gefecht war von den Kanonenbooten der 3. Division eröffnet worden; auf die ersten Schüsse derselben erwiederte die Fregatte mit einer vollen Breitseite, welche von den Preußen mit allgemeinem Hurrah begrüßt wurde. Die dänischen Geschosse schlugen schon in bedeutender Entfernung von den Booten ein. Als hierauf die Breitseite der Fregatte von mehreren preußischen Treffern heimgesucht wurde und aus den Stückpforten das Feuer herausschlug, begann der dänische Raddampfer, welcher sich unter einem rechten Winkel gegen die Fregatte gelegt hatte, ein wohlgezieltes Feuer in Zwischenräumen von fünf zu fünf Minuten, durch welches die Boote, und ganz besonders der rechte Flügel („Jäger" und „Salamander"), in einen dichten Granathagel gehüllt wurden, während die Fregatte langsam sich zurückzog. Trotz dieses wohlgezielten Feuers wurde keines der Boote beschädigt, nur der „Salamander" erhielt eine leichte Verletzung in der äußern Haut. Aber bei diesem wunderbaren Glück hatte unsere kleine Flottille mit 10 Geschützen doch andere ganz bedeutende Unannehmlichkeiten auszustehen, weil gleich zu Anfang des Gefechtes 4 Geschütze derselben dienstuntauglich wurden; die Verschlußvorrichtung an denselben war durch den starken Rückschlag gesprungen. Mit den noch in Aktivität befindlichen 6 Geschützen konnte auf keinen entscheidenden Erfolg gerechnet werden, weßhalb sich unsere Boote nach etwa 3/4stündigem Kampfe langsam zurückzogen. Die Mannschaften der 3. Division unter Leutnant Arndt wurden vom Prinz-Admiral belobt und soll dieser Abtheilung zur Ehre ihres tapfern Verhaltens nach vollführter Reparatur ihrer Geschütze die Station am Dornbusch wieder eingeräumt werden.

†† **Wien,** 5. Juli. Es war, während man hier über die Möglichkeit berieth, inwieweit die Verhandlungen in München auf Grundlage des von Hessen-Darmstadt eingebrachten Vermittlungsvorschlags überhaupt von Oesterreich noch weiter geführt werden könnten, sehr zweifelhaft, ob selbst im bejahenden Fall die übrigen auf der Konferenz vertretenen Regierungen Willens sein möchten, auf jener Grundlage weiter zu bauen. Diese Besorgniß ist jetzt gehoben; man hat bestimmte Nachricht, daß kein Staat von den weiteren Verhandlungen zurücktreten wird. Aber allerdings weiß man zur Stunde noch nicht, welche besonderen Anträge oder Vorbehalte sie möglicher Weise mit in die Verhandlungen bringen; nur daß sie nicht pure in dieselben eintreten, dürfte schon jetzt von einem Theil der Regierungen feststehen, und damit thun sie nur dasselbe, was die österreichische Regierung selbst gethan; denn diese hat in der gestrigen entscheidenden Sitzung der betreffenden Ministerien den hessen-darmstädtischen Vorschlag lediglich als eine geeignete Grundlage fernerer Erörterung angenommen und gleichzeitig eine Reihe von Modifikationen desselben formulirt, von deren Annahme sie ihre schließliche Gutheißung abhängig macht.

Welcher Natur diese Modifikationen sein mögen, darüber gibt es gar keine Anhaltspunkte, so lange man nicht einmal den Inhalt des Vorschlags kennt, welchen sie zu modifiziren bestimmt sind, und welcher mit ungewöhnlichem Erfolg geheim gehalten wird. Was darüber bis jetzt verlautet, ist das Folgende, und ich gebe es Ihnen unter allem Vorbehalt. Der Vermittlungsvorschlag stellt nur ganz allgemein den Grundsatz auf, daß der Außenzolltarif in einem bestimmten Verhältniß zu dem Zwischenzolltarif zu stehen hat; die Ausführung dieses Grundsatzes bleibt den Spezialbestimmungen vorbehalten. Es würde hiernach — und das wäre die wesentliche Bedeutung des Vorschlags — die Möglichkeit gegeben sein, den preußisch-französischen Tarif im Großen und Ganzen aufrecht zu halten und nur einzelne wenige Punkte desselben zu modifiziren. Nicht der Außenzoll würde höher, sondern der Zwischenzoll würde niedriger werden. Außerdem aber statuirt die Vermittlung eine — freilich nicht lange — Reihe von Differenzialzöllen, ganz speziell zu Gunsten der österreichischen Weine und Glaswaaren.

Wien, 5. Juli. Die angeblichen Enthüllungen der Londoner „Morn. Post" werden nunmehr auch von der „Abendpost" dementirt. Das offiziöse Blatt beruft sich auf die Zurückweisungen, welche die veröffentlichten Schriftstücke allseitig erfahren, und fährt hierauf fort:

Angesichts solcher einhelligen Zurückweisungen einer großen publizistischen Falschmünzerei liegt uns nur ob, zum Ueberfluß noch ausdrücklich zu bemerken, daß die angebliche Unterredung zwischen dem k. preußischen Gesandten am hiesigen Hofe und dem k. k. Hrn. Minister des Aeußern, in welcher der Letztere eventuell auf russische Hilfe, als Bedingung einer Allianz der Nordmächte, auf Garantien u. s. w. hingewiesen haben soll, niemals stattgefunden hat, da überhaupt Anträge in der bezeichneten Richtung nicht gestellt worden sind, somit auch keine Veranlassung vorlag, sich darüber auszusprechen. Das angebliche Anerbieten Rußlands zu einem eventuellen Beistand in dem deutsch-dänischen Streit steht überdies so sehr in grellem Widerspruch mit den bekannten Beziehungen des Kabinets von Petersburg zu der dänischen Monarchie, daß schon diese Angabe hinreichen würde, die ganze Depeschenfabrikation als Falsifikat erkennen zu lassen.

Schweiz.

Bern, 5. Juli. Der Bundesrath hat heute den eidgenössischen Räthen die französisch-schweizerischen Verträge vorgelegt, mit dem Antrag, sofort eine Kommission zu ernennen, welche ihren Bericht in einer außerordentlichen Session der Bundesversammlung, die ad hoc vor dem nächsten Dezember stattfinden würde, erstatten solle. Dieser Antrag wurde einer Kommission zu alsbaldiger Berichterstattung überwiesen.

Frankreich.

♁ **Paris,** 6. Juli. Die österreichische Gesandtschaft theilt den Abendblättern eine Note mit, worin die Existenz des von der „Morn.-Post" erwähnten Privatschreibens des Grafen Rechberg an den Fürsten Metternich vom 7. Febr. 1864 in Abrede gestellt wird. — In einem Privatschreiben, welches dem „Pays" aus Kopenhagen zugeht, heißt es: „Das Gerücht verbreitet sich allgemein, daß König Christian geneigt ist, Frieden zu schließen. Der König soll diesen Entschluß plötzlich gefaßt haben, unter der von den Alliirten ausgegangenen Drohung, Jütland als erobertes Land zu behandeln." Die Reise des Prinzen Johann von Glücksburg werde als Zeichen dieser Stimmung betrachtet. — Dem „Abend-Moniteur" zufolge besuchte der Papst am 1. Juli die auf dem ehemaligen Lager der Prätorianer erbaute Kaserne. Se. Heiligk. hielt eine Revue über 3000 Mann seiner Truppen ab. Die St.-Peters-Feste gingen ohne alle Ruhestörung und ohne jede Demonstration vorüber, „trotz der von gewissen Personen verbreiteten Gerüchte," — wie das offiziöse Blatt beifügt. — Die spanische Regierung hat dem peruanischen Konsul zu Madrid einen Arrangements-Entwurf vorgelegt. Peru hätte erklärt: 1) daß seine Regierung das Verfahren der Behörden zu Callao mißbilligt und ahndet, — 2) daß die Regierung den Angriffen auf die Person des spanischen Kommissärs zu Panama und Aspinwal fremd ist und die Thäter bestrafen wird, — Spanien dagegen wird einen bevollmächtigten Kommissär nach Lima schicken und sofort nach dessen Empfang die Chincha-Inseln räumen. Peru wird sodann mit Spanien einen Vertrag ähnlich dem der andern spanisch-amerikanischen Republiken unterzeichnen. — Wie man versichert, hat die preußische Regierung in Frankreich 6 Panzer-Fahrzeuge, darunter einen zu Nantes im Bau begriffenen Monitor, angekauft.

Die Börse war geschäftslos. Rente bleibt mit 10 C. Baisse 66.15. Cred. Mob., welcher den 100-Fr.-Coupon zu 1100 ablöste, verlor den 1000er und schließt zu 990. In Hausse bleiben nur österr. Boden-Kreditaktien zu 625. Ital. Anl. 68.35.

Belgien.

Brüssel, 5. Juli. (Köln. Ztg.) Um 2¼ Uhr eröffnete der Präsident der Kammer, Hr. E. Vandenpeereboom, in üblicher Weise die Sitzung, indem er durch den Schriftführer, Hrn. van Hambeek, den Namensaufruf behufs Zählung der anwesenden Mitglieder vornehmen ließ. Diese Formalität wird sonst unter allgemeiner Unaufmerksamkeit und mitten im Geräusch der Privatgespräche vollzogen. Heute, wo nur die Mitglieder der Linken erschienen waren, die Bänke auf der rechten Seite des Hauses aber leer und einsam dastanden,

heute geschah jener Akt des Namensaufrufs inmitten tiefen, feierlichen Stillschweigens: ein schwerer Ernst lagerte über der ganzen Versammlung, in allen Gemüthern war das Bewußtsein rege, daß jene hergebrachte Förmlichkeit heute eine besonders inhalt- und verhängnißreiche Handlung sei. Sechsundfünfzig Mitglieder beantworteten die Nennung ihres Namens mit dem üblichen „Hier!"; sechzig waren abwesend. Da der nach Verlauf einer Viertelstunde vorgenommene zweite Namensaufruf kein anderes Resultat ergab, die Versammlung also nicht beschlußfähig war, so erklärte der Präsident die Sitzung für geschlossen und auf morgen Nachmittag 2 Uhr vertagt. Noch lange Zeit nach diesem vorausgesehenen Ergebniß umstanden zahlreiche Gruppen, lebhaft diskutirend, den Parlamentspallast; es beginnt zu gähren in der hiesigen Bevölkerung. Die drei in der heutigen Sitzung ausgebliebenen Mitglieder der Linken sind: der Justizminister Tesch und die beiden schwer kranken HH. Dumont und Henri de Brouckère. Wie man sagt, wird Hr. Tesch morgen aus Gastein zurückerwartet, und die beiden letztgenannten Mitglieder, wie Ihren Lesern bereits bekannt, haben erklärt, sofort nach des Ministers Rückkehr den Sitzungen beiwohnen zu wollen. Morgen oder spätestens übermorgen wird die Kammer daher stimmfähig sein. Die Erledigung der noch übrigen Arbeiten, Budget, Orts'sches Gesetz u. s. w., wird kaum eine Sitzung ausfüllen. Einen solchen Schluß der Session mögen die Klerikalen alsdann vor ihrem Gewissen und ihren Wählern verantworten.

Niederlande.

Aus dem Haag, 3. Juli. (Nat.-Ztg.) Das österreichische Geschwader ist Mittwoch den 29. Juni aus dem Nieuwe Diep ausgelaufen. Die Flottille besteht aus dem Linienschiff „Kaiser", 91 Kanonen; der gepanzerten Schraubenfregatte „Don Juan d'Austria", 16 Kanonen; der Schraubenfregatte „Schwarzenberg", 50 Kanonen; Schraubenfregatte „Radetzky", 35 Kanonen; Schraubenkorvette „Friedrich", 22 Kanonen; Räderboot „Elisabeth", 6 Kanonen, und den Schrauben-Kanonenbooten „Wall" und „Seehund" mit je 4 Geschützen. Zusammen acht Fahrzeuge mit 228 Geschützen. Eines der Kanonenboote nahm Schaden an der Maschine und ward darauf durch die „Elisabeth" ins Schlepptau genommen. Seit Menschengedenken soll in Nieuwe Diep kein Schiff von dem Tiefgang des „Kaiser" eingelaufen sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 4. Juli. Man schreibt der „Köln. Ztg.": „Man erwartet hier erster Tage einen Uebergang des Feindes nach Fühnen hinüber, und die Stimmung im Ganzen ist durchaus wider die Fortsetzung des Kriegs. Auch „Folkebladet", das stets „bis auf den letzten Mann" schlagen wollte und, so oft es den deutschen Namen hörte, in Berserkerwuth gerieth, räth heute fromm zum Frieden und — hört! — zum Anschluß an Deutschland, indem es in naiver Weise die Maxime des weiland Lars Larsen zur Anwendung bringt: „Wenn es einmal sein soll, so ist es doch alle Zeit besser, deutsch zu leben, als dänisch zu krepiren." — Heute Morgen wurden die Gefangenen von hier per Dampfschiff zur Auswechselung abgeführt. — Die Rostocker Brigg „Die Eiche" wurde am 3. Juli im Sunde aufgebracht und nach Helsingör abgeliefert.

Kopenhagen, 4. Juli. (Nat.-Ztg.) Die Gerüchte von einer neuen Ministerkrisis in Folge der Eroberung Alsens scheinen sich diesmal nicht zu bestätigen. Dagegen soll König Christian sich trotz der entgegengesetzten Anschauung Monrad's eigenhändig an den Kaiser Napoleon und an den König Leopold gewandt haben, um im Hinblick auf einen „ehrenvollen" Austrag des deutsch-dänischen Konflikts deren Rath einzuholen. — Die amtliche „Berling. Ztg." erzählt heute, daß das Stockholmer Kabinet, „mit Rücksicht auf den Wiederausbruch des Krieges", das schleunige Auslaufen einer aus 2 Linienschiffen, 3 Fregatten, 2 Korvetten und einigen kleinern Schiffen zusammengesetzten schwedisch-norwegischen Escadre angeordnet habe. Eine Bestätigung liegt indeß aus Stockholm nicht vor. — Man ist hier sehr gespannt auf die Stellung, welche Monrad zu der angekündigten demonstrativen Interpellation des Predigers Kübnell aus Ripen einnehmen wird, deren Berücksichtigung im Volksthing heute beschlossen wurde. Jedenfalls ist es eine harte Nuß, welche dem Premier vorgelegt wird. — In dem Ausschuß zur Begutachtung der für das Kriegs- und für das Marineministerium verlangten außerordentlichen Geldmittel, welchem mit Recht eine besondere Bedeutung beigelegt wird, hat die eiderdänische Partei eine fühlbare Niederlage erlitten, indem der bekannte Führer der „Bauernfreunde", Advokat Christensen, bei der Wahl des Vorsitzenden über den Exministerpräsidenten Hall und seine Freunde (der Ausschuß zählt 15 Mitglieder) den Sieg davongetragen hat, was in den nationalen Kreisen als eine sehr üble Vorbedeutung betrachtet wird. — In Odense werden 10 Südschleswiger als Deserteure vor ein Kriegsgericht gestellt werden, welche von Mannschaften des 4. Dragonerregiments in Ketten nach Odense eingebracht worden sind. Sie wurden sammt 5 Kameraden (alle 15 dienten im 13. Infanterieregiment) im Kleinen Belt von einem Kanonenboot ereilt, als sie in einem kleinen Boot der nordschleswig'schen Küste bereits sehr nahe gekommen waren. Fünf von ihnen suchten und fanden den Tod in den Wellen, während die übrigen zehn zur Abstrafung nach Middelfart abgeführt wurden. — Der frühere schleswig-holsteinische, jetzt dänische Oberleutnant Ahlmann, den man hier nach der Alsener Affaire kriegsgefangen glaubte, ist über Hamburg und Lübeck hier eingetroffen. Es war ihm, nachdem er auf Alsen Zivilkleider erlangt hatte, das Entkommen durch Sundewitt um so leichter, als er ein geborner Gravensteiner ist und mehrere Jahre hindurch im Osten Schleswig-Holsteins topographische Arbeiten ausführte. Uebrigens ist Ahlmann einer der unglücklichsten Renegaten aus dem deutsch-dänischen Konflikt.

Dem Vernehmen nach, so meldet „Fyens Avis", hat ein hochgestellter Offizier, welcher im allgemeinen Ansehen bei den intelligentesten Befehlshabern der Armee steht (Generalmajor Caroc?), sich veranlaßt gefunden, seine militärische Stellung aufzugeben, nachdem er sich mit der Beschaffenheit der Dispositionen bekannt gemacht, welche das Oberkommando zur Vertheidigung Fühnens getroffen.

Schweden und Norwegen.

* **Stockholm.** Der Stockholmer Korrespondent der Wiener „Generalkorr." glaubt die auffallende Wandlung, welche mit der schwedischen Politik in Bezug auf die dänische Frage vorgegangen ist, mit einem um die Mitte des Monats Juni von einem Ordonnanzoffizier des Kaisers der Franzosen dem König Karl überbrachten Handschreiben Napoleon's III. in unmittelbare Beziehung setzen zu dürfen. Nach Einlauf dieses Schreibens seien sofort die schon im Zuge begriffenen Truppenaufstellungen sistirt und sei das schon versammelte Geschwader wieder aufgelöst worden.

Großbritannien.

London, 4. Juli. Hr. v. Beust hat nach dem Schluß der Konferenz folgende Depesche an Earl Russell gerichtet, welche sich gegen dessen Uebersicht der Konferenzverhandlungen wendet:

London, 29. Juni. Herr Graf! Der Schluß der Konferenz hat den amtlichen Beziehungen ein Ende gemacht, in welchen mit Ew. Excellenz zu stehen ich das Glück hatte. So lebhaft ich auch bedaure, sie durch ein Resultat beendigt zu sehen, welches dem Zweck, den man sich vorgesetzt hatte, so wenig entspricht, glaube ich doch, daß die Konferenz, indem sie das Terrain frei machte, nicht gänzlich unfruchtbar gewesen ist. Gestatten Sie mir gütigst, Ihre Aufmerksamkeit zum letzten Mal für eine Mittheilung in Anspruch zu nehmen, welche an Sie zu richten ich vor meiner Abreise von London in der Lage bin.

Dem Protokoll der Schlußsitzung gemäß haben die deutschen Bevollmächtigten sich das Recht und die Befugniß vorbehalten, auf das in der Sitzung verlesene und dem Protokoll beigefügte Resumé zu antworten.

Ich erlaube mir also, von dieser Befugniß Gebrauch zu machen, wobei es mir besonders darum zu thun ist, Ew. Excellenz zu beweisen, daß ich nicht zu weit gegangen bin, indem ich von jener Uebersicht sagte, ich könne sie weder vollständig finden, noch die darin enthaltenen Ansichten theilen. Von der tiefen Ueberzeugung durchdrungen, daß Ew. Excellenz, indem Sie dieselbe erst der Konferenz und dann dem englischen Parlament vorlegten, keine andere Absicht hatte, als die, ein unparteiisches und aufgeklärtes Urtheil über unsere Diskussionen zu veranlassen, bezweifle ich nicht, daß Ew. Excellenz es gutheißen wird, wenn ich zur bessern Erreichung des Ziels beizutragen suche.

Es möge mir daher gestattet sein, den Gang der Uebersicht, die Protokolle in der Hand, zu verfolgen.

Indem sie die dem Zusammentritt der Konferenz vorhergegangenen Ereignisse rekapitulirt, erinnert die Uebersicht daran, daß die militärische Besetzung von Holstein ohne Schwertstreich vollzogen worden sei, da der König von Dänemark, wie es heißt, „in seiner Eigenschaft als Herzog von Holstein" die Autorität des Deutschen Bundes habe anerkennen müssen. Später aber erwähnt die Uebersicht, als sie zur Schilderung des Kriegs gelangt, der sich zu Lande und zu Wasser zwischen den beiden deutschen Mächten und Dänemark entsponnen hatte, „der Wegnahme der Kauffahrteischiffe der deutschen Mächte." Die Gerechtigkeit erheischt es, daran zu erinnern, daß Dänemark nicht nur die Kauffahrteischiffe der kriegführenden Mächte, sondern auch die der anderen deutschen Staaten gekapert hat, was zu der Ansicht verleiten könnte, daß Se. Dänische Majestät sich in dieser Beziehung nicht als Herzog von Holstein betrachtete. Zum mindesten würde es nicht gerade ein Beweis einer besonders starken bundesgenossenschaftlichen Gesinnung gewesen sein, sich des Eigenthums von Bundesgenossen zu bemächtigen, denen gegenüber man sich im Zustande des Friedens befand. Uebrigens wird die Frage, ob diese dem Völkerrecht zuwiderlaufenden Handlungen nicht einen casus belli für den Deutschen Bund bilden, wiewohl sie Angesichts der Konferenz vertagt wurde, nichtsdestoweniger schon durch die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wieder auf die Tagesordnung kommen.

Ich habe dem Bericht über die Unterhandlungen, welche während der ersten Sitzungen in Bezug auf die Waffenruhe gepflogen wurden, nur wenige Worte hinzuzufügen. Es handelt sich bloß darum, das Urtheil über das Verhalten der beiden Parteien zu vervollständigen. Weil in der Uebersicht das Urtheil ausgesprochen ist, es sei „dem Geiste strenger Billigkeit" entsprechend, wenn man die Rücksichten hervorhebe, welche Dänemark bewogen haben, einen Waffenstillstand zu verweigern und nur in eine Waffenruhe auf die Dauer eines Monats zu willigen, eine Beschränkung, von welcher die Uebersicht ausdrücklich sagt, sie sei den Unterhandlungen selbst schädlich gewesen, sollte man da nicht der Mäßigung und Selbstverläugnung der deutschen Mächte einen gerechten Tribut des Lobes zollen? Hatten sie nicht aus denselben Gründen ein besonderes Interesse, einen Waffenstillstand vorzuziehen, und befanden sie sich nicht in der vortheilhaften Lage, einen von der brittischen Regierung ausgegangenen Waffenstillstands-Vorschlag angenommen zu haben? Und dessenungeachtet bequemten sie sich der späten Einwilligung der dänischen Bevollmächtigten in einen Anfangs von ihnen selbst verworfenen Vorschlag an.

Ich komme nun zu der Erörterung der Hauptfrage und zuvörderst zu den Vorgängen in der Sitzung vom 12. Mai. Der Uebersicht zufolge hätte ich konstatirt, daß die Giltigkeit des Vertrags vom Jahr 1852 niemals vom Deutschen Bunde anerkannt worden sei. Es möge mir gestattet sein, daran zu erinnern, daß ich mich nicht darauf beschränkte, diese Thatsache, welche die Uebersicht als „Doktrin" bezeichnet, blos anzuführen, sondern daß ich außerdem behauptete, man müsse die Frage in Betreff der Giltigkeit des Vertrags erledigen, ehe man zur Diskussion neuer Kombinationen schreite. Es scheint mir, daß die Konferenz, wenn sie diese „Doktrin" angenommen hätte, sich auf einem weniger schwierigen Terrain befunden haben würde, als das war, auf dem sie fortwandelte.

Denn wozu konnte, Hr. Graf, gerade herausgesagt, der Vorbehalt dienen, auf den Vertrag zurückzukommen, welcher von dem Deutschen Bunde verworfen, von Oesterreich und Preußen durch den Krieg zerrissen, von einer der neutralen Mächte, als „ohnmächtig", von einer andern als „ungiltig", und endlich von der brittischen Regierung als unzulänglich erklärt worden war, um den Anforderungen der Lage zu genügen? Hieß das nicht dem eifrigen Streben nach einer friedlichen Lösung, welches während mehrerer Wochen die Konferenz zu beherrschen schien und die Hoffnung erweckte, sie werde mit Erfolg gekrönt werden, Halt gebieten? Und hat dieser Vorbehalt etwa den Tod des Vertrages von 1852 verhindert? Denn das ist am Ende doch das positive Resultat der Konferenz, und es gereicht mir zur Freude, dies zu konstatiren, was mir die väterliche Hand Dessen, der die Uebersicht redigirt hat, nicht verübeln möge.

Bei der Sitzung vom 17. Mai angelangt, führt die Uebersicht den Wortlaut einer von mir abgegebenen Erklärung an, in welcher ich die Konferenz davon in Kenntniß setzte, daß die Mehrheit des Frankfurter Bundestags in kein wie immer geartetes Abkommen willigen werde, welches die Vereinigung der Herzogthümer mit Dänemark wieder herstelle. Diese Erklärung ist sogar zweimal wiedergegeben, und ich kann mir nur Glück dazu wünschen, daß man ihr eine so große Wichtigkeit beizulegen scheint.

Weßhalb hat der auf einige meiner Worte so aufmerksame Verfasser der Uebersicht andere, die meiner Ansicht nach ganz eben so wichtig waren und an die ich gleich erinnern will, mit Stillschweigen übergangen?

Wir kommen nun zu der Sitzung vom 28. Mai. Nach Anführung des Wortlauts des von allen deutschen Bevollmächtigten gemachten Vorschlags, welcher die Vereinigung der Herzogthümer unter dem Szepter des Erbprinzen von Augustenburg verlangt, und nach Aufzählung der von den Bevollmächtigten Rußlands erhobenen Einwände und Konstatirung der Weigerung der dänischen Bevollmächtigten, ihn zu diskutiren, sagt uns die Uebersicht, da der deutsche Vorschlag solchergestalt beseitigt worden sei, habe es die brittische Regierung für zweckmäßig erachtet, den Vorschlag einer Theilung Schleswigs zu machen. Nun war aber der wirkliche Hergang durchaus kein solcher, und ich bedauere, bemerken zu müssen, daß an dieser Stelle die Uebersicht nicht nur mangelhaft, sondern geradezu unrichtig ist.

Aus dem Protokoll geht hervor, daß, nachdem Graf Apponyi die Kollektiverklärung der deutschen Bevollmächtigten verlesen hatte, Ew. Excellenz gleich nachher den englischen Vorschlag verlas, und daß dann die Diskussion über beide Gegenstände zugleich eröffnet wurde. Die Uebersicht setzt also die verführerischen Farben einer fruchtbaren Phantasie an Stelle der einfachen Wahrheit, indem sie behauptet, nachdem zwei am 17. und 28. Mai vorgebrachte Kombinationen nach einander beseitigt worden seien, die Bevollmächtigten Großbritanniens geglaubt hätten, es sei der Augenblick gekommen, wo man nicht mehr zögern dürfe, den Kriegführenden einen Weg zum Vergleich zu eröffnen. Es ist sehr wichtig, den Sachverhalt hier ganz genau festzustellen.

Nachdem die deutschen Bevollmächtigten die Konferenz in der höflichen Form einer Proposition von dem zwischen den beiden deutschen Großmächten und dem Deutschen Bund in Bezug auf die dynastische und die Gebietsfrage hergestellten Einvernehmen in Kenntniß gesetzt hatten, zogen sie sich von dieser Basis nicht zurück und gaben sie nicht auf, verstanden sich jedoch dazu, sie so viel wie möglich mit dem englischen Vorschlag in Einklang zu bringen, den sie als einen ersten Schritt zu einem Einvernehmen und nicht als ein Ultimatum betrachten mußten. Diese Auffassung ist seitdem durch die in der vorletzten Sitzung den dänischen Bevollmächtigten von den englischen in dieser Beziehung gegebenen Erklärungen gerechtfertigt worden.

Von da an ward die Grenzfrage besprochen, in der Hoffnung, daß man zu einer Annäherung gelangen werde, jedoch ohne daß das in der deutschen Erklärung vom 28. Mai enthaltene Programm jemals aufgegeben worden wäre. Nur beiläufig will ich hier auf die Sorgfalt aufmerksam machen, mit welcher der Verfasser der Uebersicht die von dem Bevollmächtigten Rußlands gegen den deutschen Vorschlag vorgebrachten Einwände hervorgehoben und die durch diese Einwände hervorgerufenen Erwiederungen verschwiegen hat.

Die Sitzung vom 2. Juni wäre der Uebersicht nach zu urtheilen nur durch eine von den dänischen, eine von dem russischen Bevollmächtigten verlesene Erklärung und eine von Letzterem gehaltene Rede ausgefüllt worden. Trotzdem berichtet das Protokoll derselben Sitzung über eine Diskussion, die nicht ohne Interesse war. Die von dem ersten Bevollmächtigten Preußens in Bezug auf die Erbfolge in Lauenburg gemachten Angaben waren wohl dazu angethan, etwas mehr Aufmerksamkeit zu verdienen, indem sie den versöhnlichen Geist hervortreten lassen, von welchem sich die deutschen Bevollmächtigten beseelt zeigten, indem sie Lauenburg als ein Aequivalent annehmen wollten, welches von Dänemark angenommen werden könnte. Man findet in dem Protokoll ferner Details über die Grenzfrage, welche zeigen, wie sehr eine Verständigung dadurch erschwert wurde, daß man politische, militärische und kommerzielle Zweckmäßigkeitsrücksichten anstatt eines Prinzips, nämlich des bereits damals berührten und von mir in der folgenden Sitzung positiv formulirten Nationalitätsprinzips, zum Ausgangspunkt nahm. In allem Dem lag in Wirklichkeit etwas weniger Gefühl, aber etwas mehr praktisches Interesse. (Schluß folgt.)

London, 4. Juli. Trotz des energischen preußischen Dementi's hält die „Morn.-Post" die Echtheit der von ihr veröffentlichten zwei Depeschen aufrecht und theilt heute noch 12 andere preußische, österreichische und russische Depeschen aus den Monaten Januar, Februar und März mit. Auch über die Echtheit oder Unechtheit dieser Aktenstücke wird wohl eine Erklärung der betr. Regierungen nicht ausbleiben. (S. Paris.) Es mag genügen, wenn wir im Nachstehenden deren Inhalt in kurzer Uebersicht zusammenfassen.

In einer telegraphischen Depesche des Hrn. v. Bismarck an Hrn. v. Werther, den preußischen Gesandten in Wien, vom 21. Januar heißt es: Die Holsteiner werden den Herzog von Augustenburg proklamiren, sobald die Bundestruppen eingerückt sind. Der König glaubt nicht, daß diese Kundgebung zu verhindern ist. Am folgenden Tage zeigt Hr. v. Werther Hrn. v. Bismarck an, daß Graf Rechberg derselben Ansicht sei. Aus Petersburg, 23. Jan., schreibt Graf Thun an den Grafen Rechberg: Ich habe dem Fürsten Gortschakow den Streit, welcher sich zwischen Dänemark, Oesterreich und Preußen entsponnen hat, auseinandergesetzt. Der Fürst räumt ein, daß den beiden Großmächten keine andere Wahl übrig bleibe, als handelnd aufzutreten. Rußland wird in dieser Frage eine für Deutschland günstige Haltung einnehmen. Wenn Schweden den Krieg erklärte, so würde Rußland ein Armeekorps in Finnland zusammenziehen. In einem aus Wien, 7. Febr., an den Fürsten Metternich gerichteten Briefe sagt Graf Rechberg, die deutschen Mächte würden sich nach Darbringung so großer Opfer nicht mit Wiederherstellung des vor dem Kriege vorhanden gewesenen Zustandes begnügen. Aus Petersburg, 10. Febr., schreibt Fürst Gortschakow an Hrn. v. Oubril, Vertreter Rußlands in Berlin: Rußland hat ein Interesse an der Aufrechthaltung des europäischen Gleichgewichts, für welches die Integrität Dänemarks nothwendig ist. Rußland hat in der Ostsee Interressen, über welche die kaiserl. Regierung wachen muß. Die Zerstückelung Dänemarks

könnte zur Bildung eines skandinavischen Reiches führen, welches für Rußland durchaus nicht wünschenswerth ist.

In einer vom 16. Febr. datirten Privatdepesche des Fürsten Gortschakow an Hrn. v. Oubril wird die Absendung der vorhergehenden offiziellen Depesche durch das Verlangen Englands erklärt, daß Rußland Dänemark gegen Deutschland unterstützen möge. Fürst Gortschakow sagt, er habe die erwähnte frühere Depesche, die dem englischen Gesandten, Lord Napier, konfidentiell mitgetheilt worden sei, blos zu dem Zweck abgesandt, um eine bewaffnete Intervention Englands, die sich als wahrscheinlich dargestellt habe, zu verhindern. Preußen werde die Sachlage und die Motive zu würdigen wissen, und Rußland werde Preußen unter allen Umständen unterstützen. Unter dem 3 Febr. schreibt Graf v. Redern aus Petersburg an Hrn. v. Bismarck: Fürst Gortschakow hat mir gesagt, die Verbündeten würden bald alle Hindernisse überwunden haben, und fügte hinzu, der bewaffnete Widerstand Dänemarks enthebe Preußen und Oesterreich aller ihrer frühern Verbindlichkeiten. Der Fürst sieht Verwicklungen voraus für den Fall, daß Oesterreich und Preußen aus ihrer Eroberung Vortheil zu ziehen suchen sollten, und sagt, daß Rußland sich auf die Seite Deutschlands stellen werde. Fürst Gortschakow dankte hierauf dem Grafen Redern für den Beistand, den Preußen ihm zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes geleistet habe. Rußland, bemerkte er, werde vor keinem Opfer zurückbeben, wo es nöthig sein werde, für gemeinsame Interessen zu kämpfen.

Aus Wien, 21. Febr., schreibt Graf Rechberg an den österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, er stimme dem Vorschlage des Hrn. v. Bismarck bei, welcher die Besetzung Jütlands als durch strategische Rücksichten geboten darstelle. Unter dem 1. März schreibt Hr. v. Bismarck an den Grafen v. Bernstorff: Die Mission des Hrn. v. Manteuffel nach Wien ist mit Erfolg gekrönt worden. Hr. v. Manteuffel hat die Nothwendigkeit auseinandergesetzt, Jütland zu okkupiren und ein vollständiges Einvernehmen zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland herbeizuführen. Hr. v. Manteuffel hat dem Kaiser von Oesterreich versprochen, daß er im Fall eines Angriffes auf seine Besitzungen auf den Beistand Preußens rechnen könne. Oesterreich ist entschlossen, in Italien in seiner Defensivhaltung zu verharren; für den Fall aber, daß die italienische Frage bald durch das Schwert entschieden werden müßte, war es nöthig, Oesterreich Versicherungen zu ertheilen. Das Bündniß mit Rußland besteht noch nicht. Das Bündniß zwischen den drei Höfen ist nöthig. Die polnische Frage allein kann dieses Bündniß herbeiführen. In einem an Hrn. v. Bismarck gerichteten Privatbriefe sagt Hr. v. Manteuffel, daß Graf Rechberg und der Kaiser von Oesterreich die Okkupation Jütlands gutheißen. Der Kaiser sei erfreut über das ihm preußischer Seits gemachte Anerbieten, ihm im Fall eines auf Oesterreich gemachten Angriffs beizustehen, und wünsche sehr ein Bündniß zwischen Preußen und Oesterreich. Hr. v. Manteuffel meldet, er habe die Solidarität der Interessen der drei Mächte in der polnischen Frage auseinandergesetzt und bemerkt, daß es Rußland sehr um ein gutes Einvernehmen mit Oesterreich zu thun sei.

Unterm 10. März schreibt Hr. v. Bismarck an den Grafen v. Redern: Hr. v. Oubril hat mir in einer Konferenz, die ich mit ihm hatte, auseinandergesetzt, die drei Mächte hätten in der polnischen Frage gemeinschaftliche Interessen, und er glaube an die Nothwendigkeit, den Belagerungszustand über die Provinz Posen zu verhängen. Ich antwortete, ich theile die Ansichten Rußlands über die polnische Frage und habe den Einfluß Preußens in Wien aufgeboten, um die von Rußland gestellte Forderung, Galizien in Belagerungszustand zu erklären, zu unterstützen. Preußen wird Rußland in dieser Frage stets beistehen. Es hält es nicht für nothwendig, den Belagerungszustand über die Provinz Posen zu verhängen, wird es aber thun, wenn Rußland es für nothwendig hält. Aus London, 3. Febr., schreibt Graf Apponyi an den Grafen Rechberg, er habe in Gemäßheit seiner geheimen Instruktionen dem englischen Premier erklärt, daß Oesterreich in Anbetracht der in Deutschland herrschenden Agitation und in Anbetracht seines Wunsches, im Interesse des Friedens zu wirken, eine Haltung habe annehmen müssen, welche geeignet gewesen sei, den Krieg zu lokalisiren und den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten. Lord Palmerston habe die Erklärung, daß Oesterreich sich durch den Londoner Vertrag gebunden erachte, mit Vergnügen aufgenommen. Der edle Lord glaube jedoch, daß die Haltung der deutschen Mächte, statt die in Deutschland herrschende Aufregung zu beschwichtigen, die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen werde. Lord Palmerston habe sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Oesterreich und Preußen nicht die förmliche Erklärung abgegeben hätten, sie würden in allen Fällen die Integrität Dänemarks respektiren.

* **London**, 5. Juli. Parlamentsverhandlungen vom 4. Juli.

Im Oberhaus sagt der Marquis of Clanricarde, die preußische Regierung habe die in der „Morn. Post" erschienenen, höchst merkwürdigen Depeschen verläugnet; er hoffe von dem edlen Lord-Staatssekretär des Auswärtigen deutlich zu erfahren, daß die Verläugnung sich nicht blos auf den Wortlaut der Depeschen selber beziehe, sondern auch von den Vorgängen gelte, auf welche die Schriftstücke sich angeblich beziehen. Earl Russell — den man auf der Gallerie nicht recht hören kann — antwortet bejahend und wiederholt, die Depeschen seien gänzlich erfunden. Lord Stratford de Redcliffe sagt, die Mittheilung des Lord Staatssekretärs des Auswärtigen über die angebliche Korrespondenz zwischen Preußen und andern fremden Mächten lasse einigen Zweifel bestehen, nicht an der Dementirung der Korrespondenz selber, sondern bezüglich der Umstände, auf welche sie sich bezog. Er wünsche daher anzuzeigen, daß er morgen (heute) eine Interpellation in Betreff jener Korrespondenz zu stellen beabsichtige; denn er lege ihr einige Wichtigkeit bei, weil er vor zwei oder drei Monaten eine französisch geschriebene ausgeführte Korrespondenz gesehen habe, die im Wortlaut ganz oder beinahe ganz mit den in den Zeitungen erschienenen Depeschen übereinstimmte. (Hört, hört!) Earl Russell hofft, sein edler Freund habe seine (Russell's) Erklärung richtig verstanden. Die Abläugnung sei von Preußen und nicht von irgend einer andern Macht ausgegangen. — Der Earl of Malmesbury zeigt auf Freitag den 8. d. einen Resolutionsantrag an, der mit dem Disraeli's gleichlautend ist. [Dieser Antrag wurde gestern in dem Meeting der Konservativen beschlossen.]

Im Unterhaus sagt Sir L. Palk (vor dem Eintritt des Premiers), er möchte fragen, ob Ihrer Maj. Regierung von den alliirten Mächten eine Rundnote oder Depesche erhalten habe, mit der Erklärung, daß sie sich nicht mehr an die, während der Konferenz gemachten Zugeständnisse gebunden erachten; und ob Oesterreich erklärt habe, daß Earl Russell's Behauptung, Oesterreich werde sich auf die Besetzung von Schleswig und Holstein beschränken, irrig sei. Sir G. Grey sagt, es sei keine Rundnote jenes Inhalts eingelaufen. Layard sagt, daß im letztern Theil der Frage das Wort „Besetzung" unrichtig sei. Die Erklärung lautete, daß keine weitere Eroberung beabsichtigt sei. Sir J. Fergusson fragt, ob Ihrer Maj. Regierung irgend welche Kunde davon habe, daß die deutschen Mächte im Begriff seien, Kopenhagen und die Inseln anzugreifen. Layard: Nicht daß ich wüßte. — In diesem Augenblick tritt Lord Palmerston (unter lauten Cheers) ins Haus, nimmt seinen Platz ein, erhebt sich bald darauf, und sagt (etwas undeutlich sprechend): — Es ist meine Pflicht, dem Hause zu eröffnen, daß wir heute von dem preußischen Botschafter ein Schreiben über die in einem Morgenblatt erschienene Korrespondenz erhalten haben — ich werde nicht die ganze Mittheilung vorlesen; allein er sagt darin, daß, da jene Zeitung, ungeachtet der erfolgten amtlichen Abläugnung, Depeschen veröffentlicht hat, die von Anfang bis zu Ende erdichtet seien; und da er denke, daß in diesem Hause an mich eine Frage deßhalb gerichtet werden könnte (ironischer Beifall der Opposition), er es für seine Pflicht erachte, mir — „mit all der Autorität meines amtlichen Charakters (ironischer Beifall) zu sagen, daß, so weit meine Regierung ins Spiel kommt, diese ganze vorgebliche Korrespondenz eine vollständige Erfindung ist." (Cheers.)

Nun beginnt die große Debatte über das toryistische Mißtrauensvotum. Disraeli erhebt sich also zur Begründung seines vorige Woche angezeigten Resolutionsantrags. Nachdem er die Gründe rekapitulirt hat, welche zu dem Vertrag von 1852 geführt haben, bemerkt er, daß England als Theilnehmer an diesem Vertrag keine andere legale Verantwortlichkeit auf sich genommen habe und keine andern Verpflichtungen eingegangen sei, als Frankreich und Rußland. Er nimmt sodann Bezug auf die oft angeführte Rede Lord Palmerston's vom 23. Juli 1862 über den deutsch-dänischen Streit und über die Politik, zu der sich darin die brittische Regierung bekannt habe. In dieser Rede werde gesagt, daß unter gewissen Umständen die Deutschen nicht mit den Dänen allein zu kämpfen haben würden, und aus den Depeschen Lord Russell's gehe hervor, daß diese Worte der wahre Ausdruck der Politik der englischen Regierung seien, einer Politik, die seines Erachtens unter den damals obwaltenden Umständen eine verständige und weise gewesen sei, indem Lord Palmerston gewußt habe, daß Frankreich bereit gewesen sei, mit England zu kooperiren, ja, sich aus freien Stücken dazu erboten habe. Nachdem der polnische Aufstand ausgebrochen sei, habe Earl Russell durch seine in peremptorischer Form gemachten sechs Vorschläge und überhaupt durch sein ganzes Verhalten in der polnischen Frage dem Kaiser der Franzosen große Verlegenheiten bereitet. Es nehme ihn daher gar nicht Wunder, daß ein Umschwung in den Beziehungen Englands zu Frankreich eingetreten sei. Im November des vorigen Jahres seien zwei große Ereignisse eingetreten, welche einen bedeutenden Einfluß auf die Beziehungen Dänemarks zu Deutschland ausgeübt hätten. Der Kaiser der Franzosen, dem es darum zu thun gewesen sei, ein herzliches Einvernehmen mit England zu unterhalten, habe einen europäischen Kongreß vorgeschlagen und auf diesen Vorschlag von Seiten Englands eine höchst verletzende Antwort erhalten. Das andere Ereigniß sei der Tod des Königs von Dänemark gewesen. Keines dieser Ereignisse aber habe eine Aenderung in der Politik der englischen Regierung bewirkt, wie das aus den Depeschen Lord Russell's hervorgehe. Es habe der Regierung nach dem Tode des Königs von Dänemark freigestanden, dieselbe Politik einzuschlagen, wie andere neutrale Mächte; und wenn sie dasselbe Verfahren beobachtet hätte, wie die französische, so würde das ein begreifliches und ehrenwerthes Verfahren gewesen sein. Sie habe aber eine Haltung eingenommen, die in der englischen Geschichte beispiellos dastehe. Trotz der in den englischen Depeschen enthaltenen wiederholten Drohungen habe die Bundesexekution stattgefunden, und an Stelle des frühern drohenden Tones sei in den englischen Depeschen ein kleinlauter, kläglicher Ton getreten. Auf der Konferenz habe England zwei wichtige Vorschläge gemacht, deren einer auf die Zerstückelung der dänischen Monarchie abziele, woraus aber hervorgehe, wie es mit der Politik der Regierung in Bezug auf die Integrität Dänemarks, für die wirken zu wollen sie ja erklärt habe, bestellt sei, während der andere Dänemark unter die Gesammtgarantie der Großmächte stellen wollte, was eine ergiebige Quelle für den Krieg sein würde. Die Politik der Regierung habe die in seinem Antrag erwähnten unheilvollen Folgen herbeigeführt, und man dürfe dem Ministerium nicht gestatten, daß es die Verantwortlichkeit dafür von sich abwälze.

Der Schatzkanzler bemerkt, es falle ihn durchaus nicht ein, diese Verantwortlichkeit von sich abweisen zu wollen. Was den Pariser Kongreß anbelange und den Tadel, mit welchem der Vorredner den Staatssekretär des Auswärtigen wegen Ablehnung desselben bedacht habe, so sei Lord Russel nun einmal ein Mann von Wahrheitsliebe und Ehre, der Das, was er denke, ohne viele Umschweife gerade heraussage, und Disraeli selbst habe gerade in Bezug auf den Kongreß Aeußerungen gethan, die weit weniger höflich gewesen seien, als die, über welche er sich beklage. Die von der englischen Regierung in Bezug auf Dänemark beobachtete Politik habe den Zweck gehabt, einerseits Dänemark zur Erfüllung seiner im Jahr 1852 eingegangenen Verbindlichkeiten, und andererseits Deutschland zur Mäßigung in seinen Ansprüchen zu bewegen. Die Bemühungen der englischen Regierung, sich bei ihren Versuchen, den Vertrag von 1852 aufrecht zu erhalten, die Kooperation anderer Mächte zu sichern, seien gescheitert. Verantwortlich für die Folgen dieses Scheiterns aber seien die Mächte, welche zuerst den Vertrag hätten fallen lassen. Er räume gern ein, daß nach der Weigerung Frankreichs und Rußlands der Ton der Regierung sich geändert habe. Wenn England allein einschritte, so würde das nichts nützen. Auf der Konferenz habe die Regierung unter anderen Schwierigkeiten mit dem hartnäckigen Entschluß des dänischen Volks zu kämpfen gehabt, in keine Personalunion zu willigen. Der in dem Antrag enthaltene Vorwurf, daß die Regierung durch ihre Politik den berechtigten Einfluß Englands geschmälert habe, sei unbegründet. Es sei das nicht die Sprache verbündeter und befreundeter Mächte, sondern das Echo des beinahe pöbelhaften Tons von ein paar obskuren auswärtigen Blättern. Warum spreche Disraeli sich nicht gerade und offen aus? Er beobachte nicht die alte und verfassungsmäßige Form eines direkten Mißtrauensvotums, und daran thue er auch ganz weise. Er seinestheils hege die Ueberzeugung, daß das Haus und das Land das von der Regierung während dieser höchst schwierigen Unterhandlungen beobachtete Verfahren gutheißen und den Antrag verwerfen werden.

Newdegate tritt mit einem Amendement auf, welches an Stelle der zweiten Hälfte des Antrags folgende Worte gesetzt wissen will: „Ihrer Majestät die Ansicht des Hauses kund zu geben, daß die Unabhängigkeit Dänemarks und die Besitzungen jenes Königreichs unter den auf der Konferenz von den Vertretern der neutralen Mächte vorgeschlagenen Bedingungen zu garantiren sind." Er wolle nicht, daß England auf eigene Hand einen Krieg anfange, halte es jedoch für gut wenn das Haus seine Bereitwilligkeit zeige, mit seinen Bundesgenossen zu kooperiren, ehe das Uebel, von welchem Dänemark bedroht werde, eintrete. Kinglake spricht gegen den Antrag Disraeli's. Kein Mensch, sagt er, könne daraus klug werden, ob der Antragsteller für Krieg oder Frieden sei. Nachdem noch General Peel und Lord Stanley für, und der Lord-Advokat gegen den Antrag gesprochen haben, wird die Debatte auf Antrag Cobden's vertagt.

Ueberlandpost.

Melbourne, 26. Mai. Die Engländer haben Galepa auf Neuseeland belagert und einen Sturmangriff gemacht, sind jedoch mit großem Verlust zurückgeworfen worden.

Amerika.

* **Neu-York**, 24. Juni. (Mit dem „Belgian".) Die Linke der Armee Grant's hat sich die ganze Nacht des Dienstag (20.) geschlagen. Das Resultat des Kampfes ist unbestimmt. Die Unionisten haben 4 Kanonen verloren. Grant hat den Jamesfluß nahe bei Fort Darling mit eingesenkten Schiffen blokirt. Es geht das Gerücht, er marschire von Petersburg nach Bermude-Hundred.

* **Neu-York**, 25. Juni, Abends. Am Donnerstag hat sich die ganze Armee Grant's in Marsch gesetzt, aber sie hat die Konföderirten stark verschanzt gefunden. Das Korps Wright's und die Kavallerie Wilson's sind gegen die Weldon-Eisenbahn vorgegangen und haben begonnen, die Schienen zu zerstören. Die Südstaatlichen marschiren gegen sie. Die Blätter des Südens versichern, Hunter sei auf seinem Rückzug von Lynchburg nach Liberty erreicht worden, und man habe ihm eine große Anzahl Gefangene abgenommen.

* **London**, 6. Juli. Der spezielle Korrespondent der „Times" schreibt ihr aus „Neu-York unterm 25. Juni:

Am 11. ist Hill in geschickter Weise durch die Linien Grant's gedrungen, zwischen dem 2. und 6. Korps, ohne gesehen oder beunruhigt worden zu sein. Er hat plötzlich das 2. Korps von hinten angegriffen, welches in der größten Unordnung aus seinen Verschanzungen verjagt wurde. Die Unionisten haben 300 Mann verloren. Alles deutet von Seiten der Unionsarmee, wenn nicht auf einen Rückzug, doch auf eine rückgängige Bewegung hin. Die Einzelheiten dieses Kampfes und seine Folgen sind noch nicht bekannt, und ihre Veröffentlichung wird nicht gestattet. Nichtoffizielle Depeschen von einem frühern Datum sprechen von einem Kampf auf dem linken Flügel Grant's in der Nacht des 21. Die Unionisten hätten bedeutende Verluste erlitten. An demselben Tage war ein von der Kavallerie von Fitz Hugh, Lee und Hampton gegen White House unternommener Angriff mißlungen, wegen der Verstärkung, die Sheridan erhalten hatte, und wegen der Beihilfe der Kanonenboote.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 9. Juli. 24. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 9. Juli, Morgens 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Oberst Keller über die von der großh. bad. mit der k. k. österreichischen und mit der k. preußischen Regierung abgeschlossenen Etappenkonventionen. 3) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget der Postverwaltung, der Eisenbahn-Betriebsverwaltung, der Bodensee-Dampfschifffahrts-Verwaltung, über das außerordentliche Budget der Eisenbahn-Betriebsverwaltung, über das Budget der umlaufenden Betriebsfonds dieser Verwaltungen und über das Budget über den Antheil Badens an dem Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn und ihres Staatstelegraphen für die Jahre 1864 und 1865; erstattet von Dennig. 4) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Eisenbahnbaues für 1864 und 1865 in Verbindung mit der Nachweisung über die Verwendungen in den Jahren 1862 und 1863; erstattet von Faller. 5) Erstattung und Berathung folgender Berichte der Budgetkommission: a. über den Gesetzentwurf, die Uebernahme der, den vormals reichsunmittelbaren Grundherren zu leistenden Vergütungen auf die Amortisationskasse betr.; b. über die Darstellung des umlaufenden Betriebsfonds des allgemeinen Staatshaushalts auf letzten Dezember v. J., sowie den Voranschlag des Bedürfnisses für 1864 und 1865; Berichterstatter: Graf Kageneck; c. über den Nachtrag zum Budget des großh. Kriegsministeriums für 1864 und 1865 bezüglich der Verwendung der für erhöhte Ersatzmannschaft angeforderten Summe; Berichterstatter: Oberst Keller; d. über den Entwurf des Finanzgesetzes für die Jahre 1864 und 1865; Berichterstatter Dennig. 6) Berichte der Petitionskommission.

Vermischte Nachrichten.

— Ludwigsburg, 5. Juli. (Neck.-Ztg.) Unsere Kavallerie hat heute eine durchaus veränderte Physiognomie erhalten. Durch allerhöchsten Befehl sind bei derselben die Lanzen abgeschafft worden.

— Nach einer Uebereinkunft zwischen Frankreich und Italien ist die Taxe für ein einfaches Telegramm auf 4 Fr. herabgesetzt.

— Ein eben in der Bildung begriffenes Korps von 2000 Belgiern, welches zur kais. mexikanischen Leibgarde gehören soll, wird wahrscheinlich im Monat November aus Europa abgehen.

— Aus St. Roque (bei Gibraltar) meldet man dem Pariser „Abend-Moniteur," daß „ein mit einem eisernen Widder bewaffnetes österreichisches Kriegsschiff mit einem Aviso-Raddampfer durch die Meerenge in den Atlantischen Ozean gegangen sei und seine Richtung wohl nordwärts nehme."

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

6. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 10,23'''	+12,0	S.W.	ganz bew.	trüb, kühl Strichr.
Mittags 2 „	„ 10,27'''	+15 0	„	stark „	Sonnenbl., „
Nachts 9 „	„ 10,70'''	+12,0	W.	ganz „	trüb, kühl

Maxau, 7. Juli. Rheinwasser-Wärme 15 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.945. Pforzheim. Meine liebe Frau, Isabella, geb. Junghanns, wurde mir heute nach kurzem Leiden durch den Tod entrissen. Ihre und meine Freunde bitte ich, meinem großen Schmerze und dem Kummer des Vaters, der Brüder und Schwester der zu früh Geschiedenen ihre stille Theilnahme zu widmen.

Pforzheim, den 6. Juli 1864.

Karl Katz, pr. Arzt.

Z.k.947. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß zufolge einer mit dem 1. d. Mts. in Frankreich in Kraft getretenen neuen gesetzlichen Bestimmung alle bei französischen Eisenbahnstationen vom Auslande eingehenden Frachtbriefe oder deren Stelle vertretende Begleitpapiere zu Gütersendungen nach Frankreich mit einer Stempelmarke zu 20 Centimes versehen werden müssen, deren Werth den Waarenempfängern durch die Gütererpeditionsstellen in Anrechnung gebracht wird.

Karlsruhe, den 5. Juli 1864.

Direktion der großh. bad. Verkehrs-Anstalten.
J. A. d. D.:
Poppen.

Schneider.

Z.k.913. Baden.

Ankündung.

Der Unterzeichnete, in den Ruhestand getreten, hat sich dahier niedergelassen und mit Genehmigung der hohen Staatsbehörde ein öffentliches **Agentur- und Geschäftsbureau** errichtet, wobei folgende Geschäfte besorgt werden:

1) Die Stellung jeder Gattung von Rechnungen;
2) der Ankauf und Verkauf von Häusern und Gütern jeder Art;
3) die Fertigung jeder Art von Privatverträgen und Vollmachten, sowie Entwürfen (Formulare) zu Verträgen und eigenhändigen Testamenten;
4) mündliche Belehrungen und Auskunftsertheilungen in allen bürgerlichen Rechts- und Notariats-, resp. Theilungsgeschäften;
5) Besorgung aller Geschäfte bei den Gerichten und Gemeindebehörden, soweit solche nicht in den Geschäftskreis der Rechtsanwälte, Advokaten, gehören;
6) Kapitalanlagen und Kapitalaufnahmen jeder Art;
7) die Richtigstellung und Beitreibung von Forderungen und Ausständen;
8) die Uebernahme von Vermögensverwaltungen;
9) die Verpachtung von Häusern und Gütern;
10) die Versteigerung von Häusern, Gütern und Fahrnissen, sowie Ankauf und Verkauf von Forderungen aller Gattungen;
11) die Vermittlung der Auswanderung nach Amerika und Abschluß der Ueberfahrtsverträge, wozu der Unterzeichnete besondere Ermächtigung hat; endlich
12) die Vermittlung von Feuer- und Lebensversicherungen, worüber besondere Bekanntmachung erfolgt.

Bei allen diesen Geschäften wird Pünktlichkeit und strenge Verschwiegenheit beobachtet werden.

Das Geschäftsbureau ist bei Glaser Keller bei dem Bahnhofe gegen Oosscheuren.

Baden, den 6. Juli 1864.

Oeffentliche Agentur und Geschäftsbureau.
S. Meyer.

Z.k.929. Freiburg.

Commis-Gesuch.

Für ein Delikatessengeschäft suche ich einen fleißigen jungen Mann, welcher wo möglich schon in einem ähnlichen Geschäfte gearbeitet hat. Eintritt sogleich oder 1. August. Schriftliche Offerte mit Kopie der Zeugnisse beliebe man baldigst zu machen an

F. C. Schaich.

Z.k.925. Baden-Baden.

Associé-Gesuch.

Ein junger, sehr erfahrener Kaufmann und besonders gewandter Detailleur ist im Begriffe, ein eigenes Geschäft zu gründen — und sucht, — um dasselbe gleich schwunghaft betreiben zu können — einen Associé mit einer Einlage von ungefähr 10,000 fl.

Nähere Auskunft ertheilt Handelsmann **C. Beck** in **Baden-Baden.**

Z.k.488. Baden-Baden.

Zu verkaufen

das Haus Nr. 313 Lichtenthalerstraße in Baden-Baden.

Z.k.909. Baden.

Ankündigung.

Regelmäßige Passagier-Beförderung mittelst Dampf- und Segelschiffen über Antwerpen, Bremen, Hamburg, Havre und Liverpool zu festen, billigst gestellten Preisen.

Wegen Einschreibung beliebe man sich zu wenden

an das concessionirte Bureau
von **S. Meyer** in **Baden.**

Z.k.723. Darmstadt.

Eine Villa

in dem Schönberger Thal, 1/4 Stunde von Bensheim an der hessischen **Bergstraße** entfernt, zwischen Darmstadt und Heidelberg, zum Sommer- und Winteraufenthalt geeignet, ist zu verkaufen. Aeußerst gesunde und schöne Lage, 11 Morgen Gelände mit schattigen Gartenanlagen, Rebenpflanzungen, Obstbäumen, Grasplatz mit Bassin, vorzügliches Wasser 2c. Haupthaus und Nebengebäude enthalten 14 Piècen. Anfragen nimmt Gymnasiallehrer **Dr. F. Bender** in Darmstadt entgegen.

Z.k.893. Straßburg.

Restaurant Bentz zu Straßburg.

Der frühere Eigenthümer dieser Restauration beehrt sich, dem Publikum anzuzeigen, daß er das Etablissement wieder übernommen hat, und dasselbe am 9. dieses Monats eröffnen wird. Er wird sich alle Mühe geben, den alten Ruf dieses Hauses wieder herzustellen.

Z.k.930. Karlsruhe.

HOTEL GRUNER HOF,

unmittelbar am Bahnhof.

Der Unterzeichnete empfiehlt hiermit sein seit Jahren vortheilhaft bekanntes Hotel, das so eben durch einen großen und geschmackvollen **Neubau** vergrößert wurde. Neben eleganter Einrichtung sowohl für Familien als einzelne Reisende bietet solches allen nur möglichen Comfort; auch sichere ich die reellste, aufmerksamste Bedienung zu.

Karlsruhe. **Ch. Höck.**

Z.k.921. Stuttgart. Der Gefertigte empfiehlt hiermit dem geehrten Publikum das von ihm erfundene untrügliche Vertilgungsmittel gegen

Ratten, Mäuse, Wanzen und Schwabenkäfer.

Das Hauptdepot hiervon befindet sich bei Herrn

C. W. Schleich,

Schmalestraße Nr. 13 in Stuttgart.

Preis einer Büchse mit Gebrauchs-Anweisung
☞ **1 fl. 20 kr.** südd. Währung.

Ries Guttmann,

Chemiker aus Pesth und Inhaber eines k. k. a. Privilegiums.

Das Hauptdepot, sowie der Fabrikant garantiren für sichere Wirkung.

Zeugnisse:

Der Gemeinderath der kgl. württemb. Haupt- und Residenzstadt Stuttgart.

Der Herr Ries Guttmann, Chemiker von Pesth, hat in den unteren Räumen des hiesigen Rathhauses sein Geheimmittel zur Vertilgung der Ratten, Schwabenkäfer 2c. in Anwendung gebracht, und der Versuch ist als gelungen zu erklären, was hierdurch bezeugt wird.

Stuttgart, den 24. Sept. 1863.

Vorstand: Stadtschultheiß.
St.-B. Stadtrath Brodhag.

Die Unterzeichneten bestätigen hierdurch mit größtem Vergnügen zur Steuer der Wahrheit, daß das Geheimmittel des Hrn. Chemikers Ries Guttmann aus Pesth die gänzliche Vertilgung von Ratten, sowie auch Mäusen und Wanzen aus unserem Hause zur Folge hatte. In Folge dieser Wohlthat können wir das Geheimmittel des Herrn Ries Guttmann allen Denjenigen, welche von derlei Ungeziefer belästigt sind, aufs entschiedenste empfehlen.

Stuttgart, den 13. Oktober 1863.

Müllner und Pirsch,
Königsbau.

Die Richtigkeit bestätigt,
Stuttgart, den 13. Oktober 1863.

Königsbau-Verwaltung.
J. Koppel, Hausmeister.

Garnisons-Kommandantschaft Mannheim.

Dem Herrn Ries Guttmann von Pesth wird hiermit bestätigt, daß die Anwendung seines Mittels zur raschen Vertilgung der Mäuse und Ratten bei einer deßfallsigen Probe in den Militärstallungen und Küchen der hiesigen Garnison, sowie auch in den anstoßenden Kanälen vollkommen sich bewährt hat. Mannheim, den 27. Oktober 1863.

Der Platzmajor: Oberst v. Wechmar, Kommandant des 3. Dragonerregiments.

Die Zweckmäßigkeit des von Herrn Chemiker Guttmann zur Vertilgung der Ratten mit Erfolg angewendeten Mittels bescheint, Mannheim, den 28. Okt. 1863,

Das Kommando des großh. bad. 3. Dragonerregiments.

Dem Chemiker aus Pesth, Herrn Ries Guttmann, bezeuge ich hiermit, daß derselbe in den zum Schönborner Hofpavillon gehörigen Räumen Versuche mit der Ausrottung von Ratten und Mäusen mit dem von ihm erfundenen Geheimmittel angestellt hat, welche als vollkommen gelungen betrachtet werden müssen. Hiernach kann das Mittel des Herrn Ries Guttmann nur dringend empfohlen werden, besonders für große und öffentliche Gebäude, welche am meisten von diesen Thieren belästigt sind. Mainz, den 13. Nov. 1863.

Kgl. preuß. westphäl. Füsilierregiment Nr. 37. Oberst und Kommandeur.

Der Magistrat der k. Haupt- und Residenzstadt München bestätigt hiermit, daß Herr Ries Guttmann aus Pesth in der hiesigen städtischen Fleischbank sein Geheimmittel zur Vertilgung der Ratten mit günstigem Erfolge angewandt hat und daher in dieser Beziehung auf das beste empfohlen zu werden verdient.

Den 27. Juli 1863.

Bürgermeister v. Widder. Stadlmann.

Dem Herrn Ries Guttmann, Chemiker aus Pesth, wird hiermit bestätigt, daß derselbe in der hiesigen städtischen Karmeliterkaserne sein privilegirtes Geheimmittel zur Vertilgung der Ratten in Anwendung gebracht hat, und daß dieser Versuch von sehr gutem Erfolge begleitet war. Herr Ries Guttmann verdient daher in dieser Beziehung um so mehr auf das beste empfohlen zu werden, als alle seither zur Beseitigung dieses Ungeziefers angewandten Mittel von keinem entsprechenden Erfolg gewesen sind.

Frankfurt a. M., den 9. Nov. 1863.

Sterneck, Major.

Nouveau Bandage

à régulateur de **H. Biondetti,** pour la guérison des hernies et descentes, reconnu le plus efficace par nos célébrites médicales. — Appareils orthopédiques pour le redressement des difformités. Jambes, bras et mains artificiels, suspensoirs, bas élastiques et ceintures abdominales. La maison H. Biondetti, honorée de 14 médailles (or, argent et bronze), prévient le public qu'elle n'a aucun dépôt; s'adresser directement à l'inventeur, à Paris, 48, rue Vivienne. Z.k.933.

Z.k.954. Bingen bei Sigmaringen. Von

Hundsmaul-Körben

aus verzinntem Draht und Blech so gefertigt, daß dem Hunde gut möglich ist, darin zu fressen, aber unmöglich zu beißen, werden Bestellern auf Verlangen (unter Nachnahme) Muster zugesandt, und die billigsten Preise mitgetheilt von der

Kochgeschirrfabrik in Bingen bei Sigmaringen.

Landsitz-Verkauf.

Z.k.922. Ein in dem reizenden Weschnitzthale, eine halbe Stunde von Weinheim an der Bergstraße, am Eingang in den Ort Birkenau gelegener, sehr schöner Landsitz ist unter billigen Bedingungen zu verkaufen.

Das Anwesen besteht aus einem solid erbauten, zweistöckigen Wohnhause von Sandstein, mit fünf gewölbten Kellern, aus einem separirt stehenden, zweistöckigen Oekonomiegebäude, welches Scheuer, Stallungen, Holz- und Chaisenremise, Waschküche, Frucht- und Vorrathskammern enthält; dann Hofraum mit Brunnen, Garten mit Gewächshaus, Baum- und Rebanlagen, nebst ergiebigem Ackerland.

Das Ganze, gut arrondirt, und an der Hauptstraße — 1/2 Stunde vom Bahnhof in Weinheim — gelegen, enthält circa 5 Morgen Flächenraum nach hessischem Maße, und grenzt gegen Morgen an Gastwirth Reinig und den Freiherrlich von Wambolt'schen Lustgarten, gegen Mittag an die Hauptstraße, gegen Abend an einen Fahrweg und gegen Mitternacht an den Freiherrlich von Wambolt'schen Lustgarten.

Das Wohngebäude enthält in jedem Stockwerke sieben ineinandergehende, geräumige Zimmer, nebst Küche und Hausflur, dann vier Dachzimmer, nebst weiterem Speicherraum.

Der Verkauf kann mit oder ohne die diesjährige Anblümung geschehen; auch können auf Verlangen noch weitere sieben bis acht Morgen Ackerfeld mitverkauft werden.

Das Anwesen ist seiner eben so schönen und gesunden als auch frequenten Lage wegen sowohl zu einem angenehmen Landsitze, als auch zu jedem größeren Geschäftsbetrieb vorzüglich geeignet.

Lustragende belieben sich hierwegen an Rathschreiber **Bender** in **Weinheim** zu wenden.

---

wegen Forderung von 100 fl. und 5 Proz. Zins vom 11. Juli 1858, herrührend aus Darlehen. Beschluß. 1) Wird für den oben bezeichneten Betrag die Zwangsversteigerung der dem beklagten Theile auf den Tod des Remigius Trösch von Merdingen angefallenen Liegenschaften verfügt. Der Vollstreckungsbeamte, Notar Wagner, wird beauftragt, das Vollstreckungsverfahren unverzüglich zu beginnen, ohne weiteres Anrufen des Gläubigers bis zu Ende durchzuführen, und sich über den Vollzug dahier auszuweisen. 2) Nachricht dem Bürgermeisteramte Merdingen mit dem Auftrage, gegenwärtige Verfügung binnen vierundzwanzig Stunden nach deren Empfang in das Pfandbuch einzutragen, und binnen weiterer vierzehn Tage dem genannten Vollstreckungsbeamten einen Auszug aus dem Grund- und Pfandbuch nach Maßgabe des §. 998 der Prozeßordnung zu übersenden. 3) Dies wird den abwesenden Beklagten auf diesem Wege eröffnet.

Breisach, den 17. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Schätz.
vdt. Wertheimer, A. j.

Z.i.472. Nr. 2945. Biengen. (Erbvorladung.) Auf das Ableben des Bürgers und Rathsschreibers Baptist Zimmermann sind dessen drei Kinder Leodegar, Johann Georg und Maria Elisabetha Zimmermann, welche sich nach Amerika begaben und die schon seit vielen Jahren keine Nachricht mehr ertheilt haben, bei der vor sich gehenden Erbtheilung als gesetzliche Erben betheiligt. Da der Aufenthalt derselben diesseits unbekannt ist, so ergeht an sie oder an ihre etwaigen Rechtsnachfolger hiermit die Aufforderung,

innerhalb drei Monaten,
von heute an gerechnet,

bei unterzeichneter Stelle sich zu melden und ihre Erbschaftsansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Erbschaft Jenen wird zugetheilt werden, denen sie zukäme, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbschaftsanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Staufen, den 28. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Stoll.

Z.i.530. A.G.Nr. 7914. Radolfzell. (Aufforderung und Fahndung.) Der 20 Jahre alte, ledige Metzgergesell Josef Levi von Oettensen, königl. preußischen Oberamts Haigerloch, ist der an Metzger Leopold Piccard von Randegg verübten Unterschlagung, im Betrag von 54 fl. 55 kr., angeschuldigt.

Da sein Aufenthaltsort unbekannt ist, wird er anmit aufgefordert, sich

innerhalb 14 Tagen

dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß würde gefällt werden.

Zugleich bitten wir, auf ihn zu fahnden und ihn im Betretungsfall anher einzuliefern.

Radolfzell, den 28. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dietsche.

Z.i.528. Nr. 3128. Salem. (Aufforderung und Fahndung.) Genofeva Glöckler von Schwenningen, Amtsgerichts Meßkirch, ist der Entwendung eines Unterrocks, im Werth von 2 fl. 48 kr., unter dem Erschwerungsgrund des §. 385 Ziff. 6 des St.G.B., und damit des dritten Diebstahls angeschuldigt.

Dieselbe wird aufgefordert, sich

binnen 3 Wochen

dahier zur Verantwortung zu stellen, widrigens das Erkenntniß nach Lage der Akten gefällt würde.

Zugleich bitten wir, auf dieselbe zu fahnden und sie im Betretungsfall hieher zu liefern.

Salem, den 4. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Stetten.

Z.i.525. Nr. 5737. Breisach. (Vollstreckungsverfügung auf Liegenschaften.) J. S. des Süskind Bloch in Freiburg, Kl., gegen Mathias und Johann Trösch von Merdingen, jetzt in Lancaster, im Staat Pennsylvanien in Nordamerika,

---

Makulatur,

groß Median, ist in größeren Quantitäten zu verkaufen. Näheres bei der Expedition der Karlsr. Ztg.

Frankfurt, 6. Juli 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	93½ G.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102 B.
„	5% do. 1852 i. Lst.	80½ B.	„	4½% do.	102¼ B.
„	5% do. 1859 „ „	79¼ B.	„	4% do.	99¼ B.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	90½ B.	„	3½% do.	92 bez.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	84⅛ B.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅞ B.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68⅛ B.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	92½ G.
„	5% Met.-Obligat.	60¾ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90⅞ B.
„	5% do. 1852 C. b. R.	— —	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ B.
„	4½% Met.-Oblig.	53⅞ G.	Frankf.	3½% Obligation.	96½ B.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105¼ G.	„	3% do.	92¾ B.
„	4½% do.	102 B.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	85½ B.
„	4% do.	95½ B.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88⅜ B.
„	3½% Staatsch.	90 G.	Span.	3% inl. Schuld	49⅜ B.
Bayern	4½% 1jährig	101¾ bez.	„	2½% Schuld	45⅝ G.
„	4½% ½jährig	102⅛ B.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100⅜ bez.
„	4% 1jährig	100 B.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68½ B.
„	4% ½jährig	100⅛ B.	Schwd.	4½% Obligation.	94 B.
„	4% Ablös.-Rente	100⅛ B.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94⅝ G.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	100½ G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105 G.	„	4½% Bern. St.-O.	101¼ B.
„	4% do.	103 G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	96⅜ G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	— —
Baden	4% Obligation.	99⅞ bez.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	52¼ B.
„	3½% do. v. 1842	92⅝ B.	„	6% do. r. 1882	50½ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	102¼ B.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	100 B.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139¼ B.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96¼ B.
3% Oesterr. Bank-Aktien	788 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50⅜ B.
5% „ Cred. A. i. O. W.	194½ G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50 G.
3% Bayer. Bank à fl. 500	895 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅜ B.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	215 b. G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	78⅜ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	93½ G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	73¼ B.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97½ B.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	81⅛ B.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105 B.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	85¾ B.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100⅞ G.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	319 G.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	77⅜ G.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	97⅜ B.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	188 G.	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	109¾ G.	4% „ „ „	98⅛ G.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	66¾ G.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99⅜ G.
Rhein-Nahe-Bahn	28 G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	145¾ B.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	246 B.
4% Neustadt-Dürkheimer	97½ B.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	105⅞ B.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	111⅜ G.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅛ B.	3% Deutsch. Phönix 20% „	153 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	122¾ B.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 B.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	90¼ B.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	129 G.
„ 250 fl. „ 1854	77 G.
„ 100 fl. Pr. L 1858	130 G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84⅜ bG.
„ 100 fl. v. 1864	93¾ B.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅛ b. G.
Bad. 50-fl.-Loose	112½ B.
„ 35-fl.- „	52⅝ B.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	54½ G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	— —
„ 25 fl. „ „ „	37 B.
Nass. 25-fl.-L. b. „ R.	36½ B.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	61¼ B.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	— —
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	33½ G.
3% Bordeaux 100 Fr	86½ B.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¼ B.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99⅞ G.
Antwerpen	„	94 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99¾ G.
Berlin	„	105¼ B.
Bremen	„	96⅝ B.
Brüssel	„	94¼ B.
Cöln	„	104⅞ G.
Hamburg	„	88½ G.
Leipzig	„	105¼ B.
London	„	118⅝ B.
Maild. i. Fr. 200	„	94 G.
München	„	100 B.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k. S.	101⅜ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 41	-42
Preuß. Frd'or.	„	9 57	-58
Holl. fl. 10 St.	„	9 49	-50
Rand-Ducat.	„	5 33	-34
20-Frankenst.	„	9 25	-26
Engl. Sover.	„	11 48	-52
Russ. Imper.	„	9 41	-43
Gold pr. Zpfd.	„	803	-808
b-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20r.	„	30 24	G.
Rand-20r.	„	30 12	G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52	6-36
Preuß. Cassch.	„	1 45⅛	-45⅜
Doll. in Gold	„	2 26½	-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)